

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mentale Gesundheit in Schulen stärken: Unterstützungsangebote für die Betroffenen weiterentwickeln

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern und dem Schulpersonal in den Berliner Schulen zu stärken. Um die bestehenden Unterstützungsangebote konkret zu verbessern, sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Sicherstellung einer verpflichtenden und strukturierten Zusammenarbeit zwischen der Bildungs-, Jugend-, Familien- und Gesundheitsverwaltung und relevanter Akteur*innen unter der federführenden Koordination der Senatsbildungs- und Gesundheitsverwaltung. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie der Übergänge zu Angeboten für Erwachsene sollen als besonderer Schwerpunkt gestärkt und mit den dafür notwendigen personellen Ressourcen hinterlegt werden.
- Die Zusammenarbeit soll zudem auf bezirklicher Ebene etabliert und ausgebaut werden. Dabei sollte ein strukturierter Einbezug der Gremien von Schüler*innen, Eltern und Schulpersonal sichergestellt werden.
- Externe Anbieter*innen für Kurse, Workshops oder Projektstage an Schulen im Bereich Mentale Gesundheit und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche langfristig absichern.
- Einsatz für den Aufbau einer bundesweiten digitalen Datenbank mit externen Anbieter*innen unter anderem zu Mentaler Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

- Einsatz bei der Kultusministerkonferenz für die langfristige Einführung einheitlicher, bundesweiter Qualitätsstandards und Kriterien für die Förderung von externen Anbieter*innen, die Kurse, Workshops und Projektstage für Schulen unter anderem im Bereich Mentale Gesundheit bereitstellen.
- Angelehnt an J1- und J2-Untersuchungen werden zukünftig durch den KJGD in Schulen Untersuchungen angeboten, um die Quote der Inanspruchnahme zu erhöhen. Die Untersuchung soll auch die psychosoziale Gesundheit von Schüler*innen betreffen.
- Bei der Aktualisierung und Überarbeitung von Nachteilsausgleich und Notenschutz in der Sonderpädagogikverordnung soll die individuelle Situation der Betroffenen stärker einbezogen und die Umsetzung auch in der Praxis gesichert werden. Hierbei ist kritisch zu prüfen, ob die Prüfungszulassungen ausreichend inklusiv gestaltet sind.
- Eine Evaluation des Programms „Gute gesunde Schule“ nach wissenschaftlichen Standards auf Nachhaltigkeit, Wirksamkeit, Transparenz und Qualität sowie bei Bedarf eine Aufstockung des Programms.
- Die Reintegration in die Regelbeschulung muss individuell gestaltet sein und gefördert werden, beispielsweise über das Modell der Nachsorgeklassen oder Kleinklassen. Vorhandene Systeme müssen evaluiert und gebündelt werden. Ein Standard für die Nachsorge muss entwickelt werden.
- In Fällen von Schulabsentismus und Schulabbruch sollen auch Maßnahmen zur psychischen Gesundheit ergriffen werden, beispielsweise durch die Förderung von Schuldistanzteams beim Jugendamt in allen Berliner Bezirken nach dem erfolgreichen Vorbild von Neukölln (Drucksache 19/20 205) mit einer zusätzlichen Stelle im Regionalen Sozialen Dienst der Jugendämter.
- Steigerung der Selbstwirksamkeit und Resilienz, beispielsweise durch die Förderung demokratischer Schulentwicklung.
- Umsetzung von Maßnahmen für Digital Wellbeing: Unter anderem soll die Kultusministerkonferenz aufgefordert werden, bundesweit einheitliche Mindeststandards für die Kompetenzen der Bildung in der digitalen Welt einzuführen.
- Kriterien für Mentale Gesundheit sollen im Rahmen der Schulinspektion in einer eigenen Kategorie abgefragt und die Gesundheitsförderung dadurch qualitativ evaluiert und verbessert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Dezember 2025 zu berichten.

Begründung

Die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist ein entscheidender Faktor für ihren Bildungserfolg und ihre persönliche Entwicklung. Schulen sind zentrale Lebensräume, in denen junge Menschen wachsen, lernen und Herausforderungen bewältigen. In Berlin, wo soziale Vielfalt und unterschiedliche Lebensrealitäten aufeinandertreffen, stehen viele Schüler*innen jedoch unter erheblichem Druck. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, bestehende Probleme zu lösen und gleichzeitig Chancen für ein gesundes, gerechtes und förderliches Schulsystem zu schaffen.

Ein wiederkehrendes Problem ist in Berlin die mangelnde Vernetzung der Bildungs-, Jugend-, Familien- und Gesundheitsressorts, was häufig zu unklaren Zuständigkeiten und verzögerten Hilfen führt. Die Zusammenarbeit unter der Koordination der Gesundheitsverwaltung, zum Beispiel im Runden Tisch Kindergesundheit, schafft klare Verantwortlichkeiten und ermöglicht eine gezielte Steuerung von Hilfsangeboten. Insbesondere durch die Einbindung von Schüler*innen und Eltern wird sichergestellt, dass die Maßnahmen praxisnah und bedarfsgerecht gestaltet werden.

Berlin verfügt über viele engagierte externe Anbieter*innen im Bereich Mentaler Gesundheit. Jedoch leiden diese häufig unter unsicherer Finanzierung, wodurch wichtige Angebote für Schulen wegfallen können. Mit der langfristigen finanziellen Absicherung und einer bundesweiten Datenbank wird es möglich, qualitativ hochwertige Programme dauerhaft zugänglich zu machen. Das gibt den Schulen die Chance, passgenaue Unterstützung zu erhalten und ermöglicht es den Schüler*innen, von bewährten und nachhaltigen Angeboten zu profitieren.

Psychische Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen werden in Berliner Schulen oft erst spät erkannt, was den Zugang zu Unterstützung erschwert. Durch das Angebot von an J1 und J2 orientierten Gesundheitsuntersuchungen, welche auch die psychische Gesundheit berücksichtigen und direkt an Schulen stattfinden, wird eine frühzeitige Identifikation wahrscheinlicher. Dies eröffnet gerade Kindern aus sozial benachteiligten Familien, die oft keinen Zugang zu psychologischer Betreuung haben, neue Perspektiven. Die Verbindung von Prävention und Früherkennung bietet hier eine enorme Chance, Kinder rechtzeitig zu stärken und langfristige Probleme zu verhindern.

Berlin hat im Vergleich zu anderen Bundesländern eine hohe Quote an Schulabsentismus und -abbrüchen. Ursachen sind häufig soziale oder psychische Belastungen. Maßnahmen wie kleinere Klassen, Schuldistanzteams oder Nachsorgeklassen bieten hier gezielte Lösungen. Diese Ansätze verhindern nicht nur Schulabbrüche, sondern verbessern auch das Lernklima insgesamt.

Ein positives Schulklima ist essenziell, damit sich Schüler*innen und Lehrkräfte wohlfühlen und motiviert bleiben. Mit der wissenschaftlichen Evaluation und Weiterentwicklung des Programms „Gute gesunde Schule“ hat Berlin die Chance, gesundheitsfördernde Strukturen zu stärken. Gewaltprävention, soziale Integration und psychische Stabilität können so noch gezielter gefördert werden. Demokratische Schulentwicklung ist ein zentraler Faktor, um das Schulklima zu verbessern und jungen Menschen Demokratie nahezubringen – denn wer mitbestimmen und sich einbringen kann, fühlt sich selbstwirksam und identifiziert sich häufig mehr mit Schule und Demokratie. Deshalb sollte die Förderung demokratischer Schulentwicklung in Berlin Priorität haben.

Die Digitalisierung bietet große Chancen, stellt jedoch auch eine Herausforderung dar: Viele Schüler*innen leiden unter den Folgen übermäßiger Mediennutzung, wie Schlafproblemen oder Konzentrationsschwierigkeiten. Die Einführung von Standards für digitales Wohlbefinden sowie Präventionsmaßnahmen gegen Mediensucht können Schüler*innen befähigen, digitale Medien verantwortungsvoll zu nutzen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bieten Berlin nicht nur die Möglichkeit, auf bestehende Probleme zu reagieren, sondern auch neue Chancen zu nutzen. Durch gezielte Unterstützung und Prävention kann die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig gestärkt werden. Gleichzeitig schaffen die Maßnahmen ein Umfeld, in dem Bildungserfolg und Chancengleichheit für alle Schüler*innen wahrscheinlicher werden. Mit der Umsetzung

dieser Vorschläge könnte Berlin eine Vorreiterrolle einnehmen und ein Bildungssystem gestalten, das den ganzen Menschen im Blick hat – für eine gesunde und erfolgreiche Schulzeit, die Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

Berlin, den 13. Mai 2025

Jarasch Graf Krüger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen